

Katrin Raith

Israel - „Aug’ um Aug’, Zahn um Zahn, Stein um Stein“

Israel vom 15. 11. 1996 bis 16. 2. 1997,
betreut von der Friedrich-Ebert-Stiftung

Inhalt

Zur Person	14
Prolog	14
Sackgasse des Friedens - Hebron vor dem Abkommen	14
Das Hebron-Protokoll	19
Festung im Feindesland - die Wehrsiedlung Kirjat Arba	20
„In Israel sind wir alle Siedler“ Interview mit Professor Aaron Schaar, Bar Ilan Universität	26
Nadia Matar und die „Women in Green“	29
Kein Platz für Optimismus Die Siedlerfrage - Israelis und Palästinenser auf der Suche nach Lösungen	33
Ein Abkommen und doch kein Frieden, Hebron am 4. Februar	38
Ausblick	41



Katrin Raith, geboren am 5. 10. 1966 in **Clausthal-Zellerfeld**. Journalistik- und Geschichtsstudium in Dortmund und Bochum. Während des Studiums freie Mitarbeit bei den Ruhr Nachrichten. Volontariat bei der Rheinischen Post. Praktika beim NDR, bei dpa Paris, ZDF Paris und beim **Courrier Picard** in Amiens. Nach dem Studium zunächst Redakteurin in der Auslandsredaktion des deutschsprachigen Dienstes von AFP. Seit März 1996 Nachrichten-Redakteurin beim DeutschlandRadio.

Prolog

Täglich türmten sich die Agenturmeldungen auf unseren Tischen: „Annäherung erzielt“, „Verhandlungen ins Stocken geraten“, „US-Vermittler spricht von Fortschritten“, „Kompromiß in weite Ferne gerückt“ . . . Allein „kurz vor dem Durchbruch“ standen die Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern um Hebron mindestens ein dutzendmal. Doch zu einer Vertragsunterzeichnung kam es nie. Und immer schien alles wieder von vorne zu beginnen. „Hol‘ doch mal die Meldungen vom letzten Jahr ’raus, die können wir genausogut senden . . .“ war der Standardspruch der Kollegen. Das Wort Hebron konnte in der Redaktion längst keiner mehr hören. Doch stärker als unser Überdruß war das Unverständnis. Es war für uns einfach nicht zu begreifen, wie es möglich ist, daß der Streit um eine einzige Stadt den gesamten Friedensprozeß im Nahen Osten blockieren kann. Wie man es zulassen kann, die so mühsam erreichten Vereinbarungen von Oslo aufs Spiel zu setzen.

Sackgasse des Friedens - Hebron vor dem Abkommen

Eine Straße im Zentrum von Hebron. **Dschamal Dandis** steht vor seinem Laden und raucht. Er weiß genau, auch heute wird keine Kundschaft kommen. Sein kleiner Geflügelhandel liegt in der Schuhada-Straße. „Wer kommt schon freiwillig hierher, um einzukaufen“, meint Dandis lakonisch und steckt sich die nächste Zigarette an. Mit einem knappen Kopfnicken zeigt der 33jährige auf die israelischen Soldaten, die direkt gegenüber Wache schieben, in kugelsicheren Westen, hinter aufgetürmten Sandsäcken verschanzt. Nur wenige Meter entfernt, dort, wo die Schuhada-Straße auf den arabischen Markt stößt, haben die Israelis die Durchfahrt **verbarrikada-**

diert und Wachposten aufgestellt. Rechts hinauf dasselbe Bild: Stacheldraht, Wachttürme, Straßensperren.

Die Schuhada-Straße liegt im Herzen der palästinensischen Stadt Hebron. Genau hier, mitten unter 120 000 Arabern, wohnen 400 jüdische Siedler, die Mehrzahl von ihnen fanatische Nationalisten. 1967, nach der Besetzung des Westjordanlandes durch Israel, waren die Ersten hierher gezogen, um ihren Anspruch auf die „Heilige Stadt“ zu dokumentieren - mit Gebetsbuch und Gewehr. Und zum Schutz dieser extremen Minderheit hat die Armee die Schuhada-Straße im Frühjahr 1994 abgeriegelt. Die Israelis befürchteten Racheanschläge auf die Siedler, nachdem der jüdische Fanatiker Baruch Goldstein in der Ibrahim-Moschee ein Blutbad angerichtet und 29 betende Moslems erschossen hatte. Der Regierung Rabin fehlte damals der Mut, das Attentat zum Anlaß zu nehmen, die jüdischen Enklaven für immer zu räumen. Stattdessen machte die Armee die Straße zum Hochsicherheitstrakt. So wurden die Opfer zum zweiten Mal bestraft.

Der Kampf um die Schuhada-Straße beginnt mit ihrem Namen. „Märtyrer“ bedeutet Schuhada auf arabisch und erinnert damit an die Palästinenser, die beim Goldstein-Massaker und während der Intifada ihr Leben gelassen haben. Die Israelis bemühen die Bibel und leiten ihren Anspruch von König David ab, der vor 3 000 Jahren hier residierte. King David Street nennen sie „ihre“ Straße. Demütigenden Kontrollen durch das Militär, Pöbeleien und Übergriffen von Siedlern ausgesetzt, zogen die palästinensischen Familien, die es sich leisten konnten, nach und nach aus dieser Straße weg. Vergitterte Fenster, verrammelte Türen - öde liegt die einst blühende Geschäftsstraße da. Von den über 70 Läden mußten die meisten schließen. Wie lange er sich noch halten könne, wisse er nicht, sagt Dschamal Dandis. Und dennoch denkt der Geflügelhändler nicht ans Aufgeben. Die palästinensische Seite habe genug Zugeständnisse gemacht: „Wir verlieren die Geduld. Und niemand ist geduldiger gewesen als wir.“

Eine Patrouille marschiert durch den arabischen Markt. Fünf israelische Soldaten, kaum einer älter als 18, die Maschinengewehre im Anschlag. Marktbesucher weichen zurück, Händler verschanzen sich hinter ihren Ständen. Abrupt verstummt der Lärm, starre Blicke verraten mühsam unterdrückten Haß. Niemand sagt ein Wort. Die Erinnerung an den Neujahrstag ist noch frisch: Vor nicht einmal einer Woche hatte der 19jährige Soldat Noam Friedman hier plötzlich das Feuer eröffnet und sechs Palästinenser angeschossen. Bei seiner Festnahme erklärte der religiöse Fanatiker: „Hebron gehört uns.“

Der Friedman-Vorfall sei natürlich bedauerlich, sagt David Wilder geschäftsmäßig. Der gebürtige Amerikaner ist Sprecher der jüdischen Gemeinde in Hebron. Die Tat habe aber viel mehr geschadet als genutzt. „Das gibt wieder schlechte Presse.“ Wilder, der neben seinem Handy noch eine Pistole am Gürtel trägt, hat das Attentat längst abgehakt. In Hebron sind Massaker Tragödien, die dem eigenen Volk passieren, niemals dem anderen. Bei einem Gang über die Schuhada-Straße stellt der Siedler-Sprecher unmißverständlich klar, wer seiner Ansicht nach die eigentlichen

Opfer des Konflikts in Hebron sind: „Wir sind 400, die sind 120 000. Wenn sie die Siedlungen stürmen, dann ist hier in wenigen Minuten alles vorbei.“ Noch stehen der jüdischen Gemeinde 1 500 Soldaten als „Leibgarde“ zur Verfügung. Sollte bei den Hebron-Verhandlungen tatsächlich ein Abzug vereinbart werden, fürchtet Wilder ein Blutbad. Er zeigt auf die palästinensischen Wohnviertel oberhalb der Schuhada-Straße: „Wenn Netanjahu nachgibt, steht das ganze Gebiet bald unter der Kontrolle Arafats. Dort auf den Hügeln werden die Terroristen dann sitzen und wir sind die Zielscheibe.“

Plötzlich ist ein lauter Knall zu hören, irgendwo in der Nähe. Israelische Soldaten rennen die Schuhada-Straße hinauf. In ihrem Troß folgen Journalisten, die meisten von ihnen die Kameras schußbereit in der Hand. Nach ein paar Minuten gibt ein palästinensischer Kameramann „Entwarnung“, für brauchbare Bilder sind sie zu spät gekommen. Arabische Jugendliche haben einen Molotow-Cocktail in den Hof eines jüdischen Wohnblocks geschmissen. Es ist nicht viel passiert, und die Täter sind längst in den verwinkelten Gassen der Kasbah verschwunden. Gewalt ist in Hebron allgegenwärtig. Die Patriarchenstadt beherbergt nicht nur die radikalsten jüdischen Siedler im Westjordanland, die Stadt ist auch eine Hochburg der islamisch-fundamentalistischen Hamas-Bewegung. Schon immer war Hebron tief religiös - Abrahams Grab ist Moslems ebenso heilig wie den Juden -, doch die jahrelange israelische Besatzungsherrschaft hat den Einfluß der Islamisten immens anwachsen lassen.

Einen Steinwurf von der Schuhada-Straße entfernt, direkt am arabischen Markt, liegt die Schaltzentrale der Siedler. Ihr Büro ist im Keller des Wohnblocks „Avraham Avinu“ (Abraham unser Vater) untergebracht. Wo sich heute die radikalen Siedler in einer Festung verschanzen, haben schon vor Jahrhunderten Juden gelebt. Sie suchten die Nähe zur Machepele-Höhle. Nach der Überlieferung sollen hier die jüdischen Urväter Abraham, Jakob und Isaak und ihre Frauen begraben sein. Für religiöse Juden gilt Hebron deswegen als die Wiege jüdischer Geschichte. Daß ausgerechnet Netanjahu, dem sie zur Macht verholfen haben, jetzt darüber verhandelt, dieses biblische Stammland aufzugeben, hat die Siedler in Hebron schockiert. Doch David Wilder gibt sich betont optimistisch. Es werde ihnen schon gelingen, den Likud-Chef rechtzeitig auf den „righttrack“, den rechten Weg, zurückzubringen. Und wenn nicht? Wilder zuckt die Achseln. Er weiß genau, rechts von Netanjahu gibt es derzeit keine Regierungsmehrheit. Aber in einem ist er sich sicher: Egal wie die Gespräche zwischen dem Premierminister und dem PLO-Führer Arafat ausgehen, „eine palästinensische Souveränität über Hebron werden wir nie hinnehmen“.

Kritik an ihrer Militanz lassen die Siedler nicht gelten. Ihrer Meinung nach haben die Araber das Morden begonnen. Wie ein Stachel im Fleisch sitzt die Erinnerung an das „Massaker von 1929“. Durch nationalistische Propaganda aufgehetzte Araber hatten damals 67 Hebroner Juden niedergemetzelt und deren Häuser zerstört. Die überlebenden Gemeindemitglieder wurden von der britischen Besatzungsbehörde aus der Stadt gewiesen. Die

Erinnerung an jüdisches Leben in Hebron wurde nach und nach ausgelöscht. 1948 rissen Araber die Synagoge nieder, machten aus der Gebetsstätte einen Ziegenpferch und errichteten gleich daneben ein Pissoir.

Mahnmal dieses Traumas ist „Beit Hadassa“, das ehemalige Krankenhaus, im Westen der Schuhada-Straße. Bei den Unruhen 1929 wurde es niedergebrannt. Mitte der achtziger Jahre bauten die Siedler das Gebäude wieder auf. Das Kellergewölbe wurde zur Gedenkstätte. Die kargen Räume sind weniger Museum als Schrein. Die Wände sind grauschwarz getüncht - Symbol für die verkohlten Überreste der jüdischen Häuser. Alte Grabsteine wurden zu einer Skulptur zusammengefügt. Araber hatten sie vom Friedhof gestohlen, um damit die Straßen auszubessern. Überall hängen Fotografien der Opfer, grausamste Verletzungen sind zu sehen. „Der Rest der Welt denkt bei ‚Hebron Massaker‘ doch an Baruch Goldstein“, sagt ein Soldat, der vor Beit Hadassa Wache schiebt. „Für viele von uns bedeutet es 1929.“

Stein für Stein haben die Siedler die alten jüdischen Häuser aus den zwanziger Jahren neu errichtet. „Wir haben die jüdische Gemeinde von Hebron wieder zum Leben erweckt“, plakatieren sie selbstbewußt im Flur von Beit Hadassa, das jetzt auch als Gästehaus genutzt wird. Die Siedler betrachten sich als legitime Nachkommen der alten Hebroner Juden. Die wirklichen Nachfahren aber wehren sich gegen diese Vereinnahmung. In einem offenen Brief in der israelischen Zeitung „Maariv“ protestierten 25 von ihnen gegen die Kriegstreiberei der national-religiösen Fanatiker: „Niemand hat die Siedler als unsere Erben eingesetzt. Sie mehrten das Unrecht, das unseren Ahnen angetan wurde, indem sie zusätzliche Gebäude in Beschlag nehmen. Die Regierung muß die Siedler sofort aus der Stadt entfernen, bevor es ihnen gelingt, den Friedensprozeß zu zerschlagen.“ Solche Appelle kümmern die Radikalen wenig. „Hier haben schon über Jahrtausende Juden gelebt“, sagt Siedler-Sprecher David Wilder und wischt die Kritik der Enkel mit einer ungehaltenen Handbewegung beiseite, „sie haben viele Nachkommen.“

Der Kampf um Hebron wird nicht nur mit Waffen geführt. Jeder Zentimeter Boden, jede zusätzliche Wohnung, die der anderen Seite abgetrotzt werden kann, gilt als ein Schritt auf dem Weg, die jüdische Hegemonie in Hebron zu errichten. Offiziell ist es den Siedlern verboten, neue Grundstücke zu erwerben. Doch sie lassen nichts unversucht, schrecken dabei weder vor Bestechung noch Gewalt zurück. Immer wieder berichten Palästinenser in der Altstadt von Provokationen und Schikanen: Steine, Flaschen und Eier fliegen in ihre Höfe, zerschlagene Autofenster, zerstochene Reifen, lautes Gebrüll in der Nacht - mit allen nur erdenklichen Mitteln versuchen die Siedler ihre muslimischen Nachbarn zu vergraulen.

Doch die Palästinenser sind nicht länger gewillt, das Terrain kampfflos zu räumen. Überall in der Altstadt ragen hölzerne Baugerüste in den Himmel. Das palästinensische „Komitee für die Restaurierung“ läßt verfallene Gebäude renovieren. Häuser, die von ihren Bewohnern während der Intifada verlassen wurden, weil sie den alltäglichen Druck der Besatzung nicht

mehr aushielten. Jetzt sollen dort, mit finanzieller Unterstützung aus Saudi-Arabien, neue Wohnungen entstehen. So will die palästinensische Führung die Menschen dazu bringen, ins Zentrum um die Schuhada-Straße zurückzukehren. Doch das Komitee stößt mit seinen Bemühungen auf erbitterten Widerstand der Israelis. Das Recht im Umkreis jüdischer Enklaven zu bauen, ist für Palästinenser ohnehin eingeschränkt. Jetzt versucht die jüdische Gemeinde in Hebron ein weiteres Verbot zu erzwingen. In unmittelbarer Nähe ihrer Wohnblocks soll kein palästinensisches Gebäude mehr als vier Etagen haben dürfen - aus Sicherheitsgründen.

An einigen Stellen sind die palästinensischen Bauarbeiter nur durch eine Mauer von der jüdischen Siedlung „Avraham Avinu“ getrennt. Einer von ihnen kann von seinem Gerüst direkt in den geschützten Hof der Wohnanlage blicken. Dort unten spielen zwei Kinder im Sand. Der junge Palästinenser ist keinen Moment unbeobachtet - direkt neben ihm, auf dem Gerüst, wacht ein israelischer Soldat über jeden Handgriff des Arbeiters, im Hof sitzt ein Siedler auf der Bank, die Waffe griffbereit. Die Kinder schenken ihnen keine Beachtung. Alltag in Hebron.

Die palästinensische Geschichtslehrerin Mukaram Asrawi gehört zu den Frauen, die mit ihren Familien die Schuhada-Straße verlassen haben. Sie wohnt fernab der Altstadt, im ruhigen Villen-Viertel *Al-Seitun*. Jetzt denkt sie über eine Rückkehr nach: „Unserer Familie gehört ein türkisches Bad in der Schuhada-Straße. Wir wollen es jetzt renovieren und wiedereröffnen“, sagt die 55jährige. Sobald ihr Sohn eine akzeptable Wohnung gefunden habe, werde er in die Altstadt ziehen - trotz der Siedler. Resolut verschränkt die kräftige Palästinenserin die Arme und lehnt sich in ihrem Sessel zurück. Ihr erwachsener Sohn sitzt abseits mit Freunden auf dem Teppich. Er zieht an seiner Wasserpfeife und schweigt. Sie respektiere die Juden und die jüdische Religion, versichert Mukaram Asrawi. Was sie nicht tolerieren könne, das sei der Zionismus und die Siedler: „Sie kommen, stehlen unser Land und geben es als Heimstätte ihrer Väter aus. Dabei stammen ihre Vorfahren aus Rußland, Polen und Brooklyn.“ Mit den Siedlern werde es niemals Frieden geben, sagt Asrawi, die ihr ganzes Leben in Hebron verbracht hat. „Sie sind wie eine Zeitbombe. Irgendwann kommt der große Knall.“

In ihrem Viertel, in Al-Seitun, erzählt der älteste Sohn, seien schon seit Monaten keine israelischen Soldaten mehr aufgetaucht. „Wir brauchen den Truppenabzug eigentlich gar nicht mehr“, sagt er spöttisch. Auch der palästinensische Geheimdienst sei längst tätig. Ein Freund wirft ein: „Aber für die Menschen in der Altstadt ist es wichtig. Sie leiden unter der Situation.“ Viel Hoffnung, daß Arafat und Netanjahu sich bald über einen Abzug der israelischen Soldaten aus Hebron einigen können, haben die beiden Männer nicht. „Wahrscheinlich muß erst ein neues Massaker passieren, damit sich in unserer Stadt entscheidend etwas verändert.“ Mukaram Asrawi wirbt für eine harte Haltung. Auf eine Woche mehr oder weniger komme es bei Verhandlungen mit den Israelis nicht an, um keinen Preis dürften die Palästinenser nachgeben. „Mein Sohn Samir war fünfmal im Gefängnis.“

Von einem Tag auf den anderen war sein Haar schlohweiß." All das Leid und Unrecht, das ihr Volk während der Besatzung erlitten habe, dürfe doch nicht umsonst gewesen sein. „Es ist uns egal, ob die Autonomie-Behörde jetzt offiziell in Hebron einzieht oder später. Was wir wollen, ist eine starke palästinensische Führung. Wir können warten.“ Zehn Tage später wird der Hebron-Vertrag unterzeichnet.

Das Hebron-Protokoll

Am 15. Januar, bei einem nächtlichen Geheimgespräch am Grenzkontrollpunkt Eres, einigten sich Premierminister Netanjahu und PLO-Chef Arafat über die noch offenen Fragen und beendeten damit das lange Tauziehen um den Truppenabzug aus Hebron. Hebron war nach Dschenin, Kalkilja, Tul-karem, Ramallah, Nablus und Bethlehem im Rahmen der Autonomievereinbarungen die letzte von Israel zu räumende Stadt im Westjordanland. Ursprünglich vorgesehen für März 1996 hatte sich die Übergabe Hebrons immer wieder verzögert. Nach den Selbstmord-Attentaten vom Frühjahr 1996 verschob der damalige Ministerpräsident Schimon Peres den Termin. Danach drängte der neue Regierungschef Netanjahu auf Nachverhandlungen in Sicherheitsfragen. Aber auch PLO-Chef Arafat war nicht an einem schnellen Vertragsabschluß interessiert. Er versuchte, insbesondere nach den Tunnel-Unruhen vom September, Israel zu Zugeständnissen zu bewegen.

Der jetzt vereinbarte Kompromiß entspricht in seinen Grundzügen dem noch von Schimon Peres ausgehandelten Interims-Abkommen vom September 1995: Hebron wird de facto in zwei Sicherheitszonen geteilt: Die israelischen Truppen ziehen nur aus rund 80 Prozent des Gebietes ab, die restlichen 20 Prozent bleiben unter ihrer Kontrolle. Eine Sonderregelung zum Schutz der jüdischen Siedlungen, die aber auch rund 20 000 Palästinenser betrifft. Die zivile Gewalt sowie die Zuständigkeit für kommunale Dienstleistungen, wie Wasser- und Stromversorgung oder Müllabfuhr, wurde der palästinensischen Seite übertragen für die gesamte Stadt.

Zum Schutz der jüdischen Enklaven wurden unter anderem präzise Regeln für die künftig in Hebron eingesetzten 400 palästinensischen Polizisten sowie deren Bewaffnung aufgestellt und die Einrichtung sogenannter Pufferzonen in den arabischen Stadtteilen vereinbart. Dort sind Demonstrationen und das Tragen von Waffen nicht erlaubt. Darüber hinaus setzte die israelische Seite durch, daß auch die benachbarte Siedlung Kirjat Arba sowie der sogenannte Sabbat-Weg von der Siedlung zum Patriarchengrab weiter allein unter israelischer Kontrolle steht. Beide Seiten einigten sich auf gemeinsame Sicherheitsmaßnahmen in der gesamten Stadt, wie israelisch-palästinensische Patrouillen. Israel verzichtete auf die langgestellte Forderung, mutmaßliche Terroristen auch in den Stadtbezirken verfolgen zu können, die unter palästinensischer Sicherheitsverantwortung stehen.

Dies ist künftig nur noch in Absprache mit den Palästinensern möglich. Und schließlich wurde auch eine Übereinkunft für die Schuhada-Straße erzielt: sie soll - nach einigen Umbauten - schrittweise wieder für palästinensische Fahrzeuge geöffnet werden.

Nicht diese Regelungen, die die Stadt Hebron selbst betreffen, sondern die Absprache zum weiteren Vorgehen Israels im Westjordanland sind der eigentliche Knackpunkt des Protokolls. Die Regierung Netanjahu verpflichtet sich, die Armee bis zum August 1998 in drei Schritten aus den ländlichen Regionen im Westjordanland zurückzuziehen. Allerdings sicherten die USA den Israelis zum einen zu, daß es keinen Rückzug auf die Grenzen von 1967 geben wird. Zum anderen sprachen sie ihnen das Recht zu, allein darüber zu entscheiden, welche Gebiete aus militärischen Sicherheitsgründen weiterhin beim jüdischen Staat bleiben. Und damit kann Israel das Ausmaß des Abzugs und den Zuschnitt des palästinensischen Territoriums selbst bestimmen.

Das Abkommen, das letztlich auf massiven Druck der USA und mit Hilfe der Vermittlung des jordanischen Königs Hussein zustande kam, markiert einen entscheidenden Einschnitt: Erstmals hatte eine Likud-Regierung ihr heiligstes Tabu gebrochen und biblisches Stammland aufgegeben. Netanjahu, Führer des rechten nationalen Lagers, mußte sich der Vertragswirklichkeit beugen und opferte das Dogma von „Groß Israel“. Mit Mühe brachte der Likud-Chef den Vertrag durch das Kabinett: Elf Minister von 18 stimmten schließlich zu. Wissenschaftsminister Begin, der Sohn des früheren Regierungschefs Menachem Begin, trat aus Protest zurück. Zeichen für das Dilemma des nationalen Lagers. Und während in der israelischen Öffentlichkeit nach Abschluß des Abkommens die Erleichterung überwog und als Zeichen für die Unumkehrbarkeit des Friedensprozesses gewertet wurde, riefen Rabbiner in den jüdischen Siedlungen zum Trauergebet.

Festung im Feindesland - die Wehrsiedlung Kirjat Arba

Der Bus Nr. 160 hält mit einem scharfen Ruck am äußersten Ende des zentralen Busbahnhofs in Jerusalem, direkt an der Jaffastraße. Die Windschutzscheibe des verbeulten Fahrzeugs ist vergittert, die Fenster haben Sicherheitsverglasung. Der Fahrer trägt das gestrickte Gebetskäppchen der National-Religiösen, die Kippa Sruga. Viele Fahrgäste hat er an diesem Morgen nicht, eine ältere Frau in der „Uniform“ der Siedlerinnen - Kopftuch, Anorak, langer Rock und Turnschuhe -, und einige Soldaten. Die Gewehre locker umgehängt, verdrücken sie sich schnell auf die hinteren Bänke. Aufmerksam mustert mich der Fahrer, als ich das Ticket löse. Nach Kirjat Arba will niemand ohne Grund. Kirjat Arba liegt im Westjordanland und doch in einer anderen Welt. Von Jerusalem erreicht man die jüdische Siedlung in einer knappen Stunde, ohne auch nur durch eine

einzig arabisches Ortschaft zu kommen. Zum Schutz der Siedler haben die Israelis eine Umgehungsstraße angelegt, den Hebron Bypass. In hohem Tempo ~~brettert~~ der Bus durch die öde steinige Landschaft, vorbei an ein paar Ziegenherden und Beduinen-Zelten. Vereinzelt sind Häuser zu sehen, auf ihrem Dach weht die palästinensische Flagge. Nach etwa 50 Minuten stoppt der Fahrer, am Straßenrand warten bereits mehrere israelische Armeefahrzeuge. Eskortiert von zwei Militärjeeps setzt der Bus die Fahrt fort. Nach wenigen Minuten erreichen wir unser Ziel.

Kirjat Arba, die Mutter aller Siedlungen, gilt als Hochburg des jüdischen Rechtsextremismus.

1971 wurde sie von Anhängern der militanten **Gush-Emumim-Bewegung** errichtet, ein Zugeständnis der damaligen Labour-Regierung unter Ministerpräsidentin **Golda Meir**. Baruch Goldstein, der Attentäter von Hebron lebte hier. Rabbi Meir Kahane, dem 1990 in den USA ermordeten Führer der rassistischen **Kach-Partei**, besaß eine Wohnung in der Siedlung, und auch die rechtsradikale Untergrundorganisation **Ejal**, die nach dem Rabin-Mord in die Schlagzeilen geriet, soll ihr Zentrum in Kirjat Arba haben.

„Kampflos werden wir niemals aufgeben“

Am Tag der Übergabe Hebrons hat Tsurial Popovitsch das Bild von Netanjahu von der Wand genommen und es tief in der Schreibtischschublade versenkt. Die Empörung ist dem Sprecher der „**Mozza**“, der Gemeindeverwaltung von Kirjat Arba, noch immer anzumerken. „Wir haben unsere Hemden zerrissen, so groß war unser Schmerz“, sagte der Dreißigjährige. Wie viele in der jüdischen Siedlung hat er nach Abschluß des Abkommens um die Patriarchenstadt getrauert wie um einen verstorbenen Angehörigen. Für den orthodoxen Juden ist Hebron das eigentliche Zentrum Israels. Vor dreitausend Jahren war es die Hauptstadt König Davids, bevor dieser in Jerusalem einzog. „Schauen Sie hinaus“, sagt Popovitsch und zeigt zum Fenster. „Die Stadt meiner Vorväter.“ Zu sehen sind die kargen Hügel Hebrons mit den schmucklosen Wohnblocks der Palästinenser. Im Hintergrund zeichnet sich die Silhouette einer Moschee ab.

In die Schmährufe national-religiöser Kreise gegen den Regierungschef will Popovitsch nicht einstimmen. Auch das Porträt von Netanjahu hängt in der Amtsstube wieder an der Wand. Dem Druck der Amerikaner hätte der Premier eben nicht standhalten können, sagt der Gemeindeglieder, der vor acht Jahren nach Kirjat Arba kam, weil ihn die Mischung aus Religiosität und politischer Aktion faszinierte. Hier habe keiner Angst, daß mit der Entscheidung über Hebron eine Vorentscheidung über die weitere Zukunft der Siedlungen gefallen sei. Sichtlich zufrieden verweist Popovitsch darauf, daß die Likud-Regierung seit Dezember - als Reaktion auf das Attentat auf eine Siedlerfamilie bei Bet El - die Siedler im Westjordanland

wieder mit Steuervergünstigungen, Krediten und zusätzlichen Sozialleistungen unterstützt. Das Kabinett hatte den Beschluß offiziell als „angemessene zionistische Antwort“ auf den arabischen Terror bezeichnet. Und er erinnert daran, daß Netanjahu damals am Grabe der Toten versprochen habe, alles zu tun, um die Präsenz des jüdischen Volkes auf historischem Boden sicherzustellen. Die Zeiten ihres Zwei-Fronten-Krieges - gegen die Araber und den jüdischen Staat - seien endgültig vorbei. Demonstrativ zieht Popovitsch eine Schreibtisch-Schublade auf und holt die Porträts der vormaligen Ministerpräsidenten der Arbeitspartei, Rabin und Peres, heraus. „Die lagen immer hier drin.“

Auf der riesigen Luftbild-Aufnahme, die im Ratssaal hängt, ist die Bautätigkeit der Gemeinde gut zu erkennen. Metastasengleich haben sich die Siedlungen im Umkreis von Kirjat Arba im palästinensischen Gebiet ausgebreitet. Die Absicht ist eindeutig: Später soll das zersiedelte Gebiet zu einem großen Ganzen zusammengefügt werden, dem jüdischen Ballungszentrum Kirjat Arba. Teil des messianischen Traums. Popovitsch, Sohn rumänischer Einwanderer, glaubt an eine vielversprechende Zukunft der heutigen 6 000-Seelen-Gemeinde. Um vorbereitet zu sein, lernt er schon jetzt ‚business english‘. Darüber, daß die Zukunft vermutlich ganz anders aussieht, will er erst gar nicht diskutieren. Und auch nicht darüber, daß einige Einwohner öffentlich ihre Bereitschaft erklärt haben, gegen eine entsprechende Entschädigung ihre Wohnung in Kirjat Arba aufzugeben. „Sollen sie gehen, es sind eh alles Säufer und Kriminelle . . .“

„Der Abzug der israelischen Armee aus Hebron ist der Auftakt zum nächsten Krieg. Ein Krieg, der mit Oslo begonnen hat.“ Der aus Kiel stammende Eljakim Haetzni, einer der Gründungsväter der Siedlung, nimmt kein Blatt vor den Mund: „Was das heißt? Das sollte man einer deutschen Journalistin nicht erklären müssen. Als Chamberlain im September 1938 aus München zurückkam, sagte er auch ‚I brought peace‘ und wir haben ja gesehen, was draus wurde.“ Hitler, Stalin, Arafat. . . . Der 71jährige Anwalt beschwört weitere Pogrome herauf: Arafat wolle nicht nur Hebron, sondern ganz Judäa und Samaria ‚judenrein‘ machen, sagt er, die Nazi-Terminologie mit Nachdruck benutzend. Kampflös würden sie Kirjat Arba den Palästinensern jedenfalls nicht überlassen: „Wir sind doch nicht in Auschwitz!“ Die Aufgabe einer einzigen Siedlung sei der Anfang vom Ende der jüdischen Nation.

Seit dem Hebron-Abkommen habe sich die Situation in der Stadt nicht verändert, betont Haetzni. Doch ob auf die Führung in Jerusalem auf Dauer Verlaß sei, da habe er so seine Zweifel: „Ich fühle mich zwar nicht direkt im Stich gelassen, aber ich bekomme langsam den Eindruck, daß ‚Mister Netanjahu‘ alles tut, was die Amerikaner von ihm verlangen. Und das stimmt mich pessimistisch.“ Den Siedlern werde nichts anderes übrig bleiben, als vor Ort Druck auszuüben, und ihr Aufbauwerk im Land der Propheten und Könige voranzutreiben. „Wir müssen immer einen Schritt vor der Regierung sein, hinterher wird sie es schon absegnen.“ Unumstößliche Fakten schaffen vor Abschluß der israelisch-palästinensischen Ver-

handlungen über die endgültige Aufteilung des Westjordanlands im Frühjahr 1999. Noch sei nichts verloren. Haetzni verweist stolz darauf, daß der Zuzug in die Gemeinde nicht abreißt. Die Likud-Regierung habe gerade erst 250 Wohnungen zum Verkauf freigegeben, die zu Zeiten der Arbeitspartei „eingefroren“ waren. „Die standen die ganze Zeit leer, bis auf etwa 40, 50. Die hatten wir illegal besetzt. Und jetzt ist der größte Teil verkauft.“ Was die Leute auch jetzt noch nach Kirjat Arba ziehe? Haetzni hält es für normal, hier leben zu wollen: „Hier gehören wir doch hin, und nicht nach Tel Aviv oder Haifa. Da saßen die Philister.“ Und: wo in Israel sei man schon vor Terror sicher?

Kirjat Arba wäre auch ohne den Stacheldrahtzaun, der die Stadt hermetisch abriegelt, kein schöner Ort. Es hat den tristen Charme der Neubausiedlungen der 70er Jahre. Monoton reihen sich die massigen Wohnblocks aneinander, ein Straßenzug ist so trist wie der andere. Allein der Neubau der Gemeindeverwaltung hat ein schmuckes rotes Ziegeldach - und noch nicht das dreckige Grau der übrigen Häuser-Fassaden. Kirjat Arba ist ein ödes Städtchen mit Synagoge, Supermarkt und Schulen: drei Grund- und zwei Oberschulen, sowie dreizehn Kindergärten. Bis auf eine Grundschule sind alle Einrichtungen religiös. Außerdem gibt es eine Bank, eine Post und eine Tankstelle. Nur ein Kino, eine Kneipe oder ein Cafe wird man vergeblich suchen. „Hier braucht man wirklich keine Angst zu haben, daß die Kinder irgendwann Drogen nehmen“, meint eine Mitarbeiterin der **Stadtverwaltung**. 1 100 Familien leben heute in der Gemeinde, im Durchschnitt mit fünf bis sechs Kindern. Knapp ein Drittel der Bewohner stammt aus Rußland, viele von ihnen sind im Rahmen der Eingliederungsmaßnahmen hier gelandet, die meisten sind „hilonim“, säkulare Juden. Etwa 70 Familien kommen aus Südafrika, Frankreich und den USA. Aus ihnen rekrutiert sich der harte Kern der ideologisch motivierten Siedlerbewegung.

Nichts sei sie so leid wie die Vorurteile über die Siedler, das stereotype Bild des **schießwütigen**, rechtsextremistischen Aktivisten, der nach Araberblut dürste. Ihre Familie wolle im Heiligen Land in Frieden leben, sagt June Leavitt, Seite an Seite mit den Palästinensern. Die New Yorkerin kam 1981 mit ihrem Mann Frank nach Israel. Als Kind der **Flower-Power**-Bewegung hatte sie auf der Suche nach Spiritualität, dem Sinn des Lebens, ihre jüdischen Wurzeln entdeckt und dem Elternhaus auf Long Island, mit Swimming Pool und Klimanlage, endgültig den Rücken gekehrt. Jetzt wohnen die Leavitts mit ihren fünf Kindern in einer engen Parterre-Wohnung. Die Räume sind dunkel und zugig, vergeblich kämpft ein Radiator gegen die Kälte an. Seit June vor gut einem Jahr ihr erstes Buch veröffentlicht hat, ist zumindest Geld für die Stromrechnungen da.

Nicht als Siedler, sondern als Pioniere verstehen sich die Leavitts. Nachdem sie die Lubawitzer Gemeinde in Brooklyn verlassen hatten, war ihr erstes Ziel der Sinai. Dort lebten sie in Atzmona, einer Wohnwagen-siedlung, die religiöse Zionisten aus Protest gegen das Camp-David-Abkommen errichtet hatten. Als die israelische Armee Atzmona schließlich

räumte, gehörten die Leavitts zu den ersten, die sich in Hebron niederließen. „Wir lebten mit drei Kindern in einem winzigen Raum, ohne Bad und heißes Wasser, der Strom fiel laufend aus“, erinnert sich June Leavitt. „Auch das Leben mit den Palästinensern war nicht einfach.“ Das alles habe viel Kraft gekostet, aber sie seien glücklich gewesen, ihr Leben der Rückeroberung Israels zu weihen. Josua nannten sie ihr viertes Kind, das in Hebron zur Welt kam - nach dem Propheten, der sein Leben der Eroberung Kanaans gewidmet hatte.

Von den Träumen des Ehepaares ist nicht viel übrig. Auch die Euphorie der Anfangstage ist im **Siedler-Alltag** auf der Strecke geblieben. June Leavitt ist ständig krank. „Israel saugt mich aus“, sagt sie. Ihr Mann korrigiert: „Es ist der Terror, der dir zu schaffen macht. Die Bombenanschläge, die ständigen Beerdigungen.“ Allein im letzten Jahr hätten sie sieben Nachbarn verloren. Drastisch schildert die 40jährige ihr Leben im Feindesland: die Angst um die Kinder auf dem Schulweg nach Jerusalem, die Angst um Frank, wenn er nicht pünktlich nach Hause kommt, die Angst, wenn das Telefon klingelt und eine neue Hiobsbotschaft droht. Ein Gefühl der Sicherheit genießt nur der, der mit seiner Familie zu Hause bleibt, sagt sie. Aber das selbstgewählte Ghetto zu verlassen, dazu können sich die Leavitts nicht durchringen. Für sie steht die Zukunft des Landes auf dem Spiel. „Das ist ein sehr wichtiger Moment für Israel, wir müssen bleiben“, sagt die Amerikanerin. Jeder Weggang würde die Gemeinde nachhaltig schwächen. „Trotz aller Differenzen sind wir eine große Familie, die zusammenhält“, meint June Leavitt. Gemeinsam gegen den Rest der Welt. „Hebron ist das Tor zu Jerusalem“, wirft ihr Mann ein. „Wir werden Arafat in Hebron aufhalten müssen.“ Wie das gehen soll, dazu will er sich lieber nicht äußern. Nur soviel: Die palästinensische Führung, das steht für ihn fest, wolle keinen Frieden.

Daß die Siedler allein durch ihre Präsenz in den teilautonomen Gebieten zur Eskalation der Gewalt beitragen, wollen die Leavitts nicht wahrhaben. Erst die permanente Bedrohung durch den arabischen Terrorismus habe die Siedler doch zu ihrer extremen Haltung gezwungen. Gegen ihren Willen seien sie in ein „Labyrinth des Terrors“ geraten, sagt June Leavitt. Selbst sie, die Gewalt und Extremismus verabscheue, entwickle sich mehr und mehr zu einer Rassistin, die Araber hasse. Ein moralisches Dilemma, das sich auch in ihrem Verhältnis zu **Baruch** Goldstein, dem Mörder von Hebron, spiegelt. Die beiden kannten sich schon aus Atzmona im Sinai, in Kirjat Arba war Goldstein ihr Nachbar und ein Freund der Familie. „Als Arzt hat er in all den Jahren des Terrors gegen Juden viel Erschütterndes gesehen“, versucht sie seine Tat zu rechtfertigen. So viel Leichen, Blut und Leid könnten einen Menschen schon in den Wahnsinn treiben.

Von der Wohnung der Leavitts sind es gut zehn Minuten Fußweg zum Meir-Kahane-Park am streng bewachten Ortseingang. Zwischen der Tankstelle und einer armseligen Ladenzeile geht es hinein, der schmale Pfad führt zu einem achteckigen Platz. Im Zentrum liegt ein schlichter Marmorblock, die Grabstätte Baruch Goldsteins. „Möge Gott sein Blut rächen.

Ohne Fehl und mit reinem Herzen opferte er sich für sein Volk, die Thora und das Land Israel", lautet die Inschrift. Schmale Schuber für Gebetsbücher stehen am Rand, es gibt einen Wasserhahn für die rituellen Handwaschungen, Bänke laden zur Andacht ein. Der Platz ist längst Wallfahrtsstätte der extremen Rechten in Israel. Erst letzte Woche hat die Friedensorganisation „Peace Now“ hier für die Verlegung der Stätte ins israelische Kernland demonstriert. Doch ohne die Einwilligung der Familie ist nichts zu machen, und für Miriam Goldstein war dieser Ort bereits ein Kompromiß. Sie wollte ihren Mann in Hebron begraben sehen.

Vor den beiden Imbißbuden der Ladenzeile parkt ein Armee-Jeep, die Soldaten essen koshere Pizza, aus einem Radio ertönt „Macarena“, der Sommerhit des letzten Jahres. Die anderen Geschäfte haben zu. Das Leben in Kirjat Arba? Das sei schon ganz in Ordnung, sagt die junge Russin, während sie Pizzateig knetet. „Ich habe Arbeit, eine Wohnung für mich und meinen kleinen Sohn . . .“ Sie zuckt mit den Achseln, lächelt verlegen und wechselt mit ihrer Kollegin schnell ein paar Worte auf russisch. Der Besitzer, ein bärtiger Mann mit dem schwarzen Gebetskäppchen der Orthodoxen, unterbricht sein Gespräch und schaut streng herüber.

„Die meisten hier sind friedliebende Leute. Sie wollen arbeiten und mit ihren Familien zusammen sein. Wie in jeder anderen Kleinstadt auf der Welt“, meint David Ramati. Der gebürtige Amerikaner zog vor mehr als 20 Jahren aus religiösen Gründen in die Siedlung. Es sei schließlich sein Recht als Jude überall im heiligen Land zu leben, fügt er schnell hinzu, gewohnt, sich rechtfertigen zu müssen. Der Abschluß des Hebron-Abkommens habe ihn nicht überrascht. De facto handle es sich dabei lediglich um eine Anerkennung des Status quo. „Wir müssen uns mit der Realität abfinden“, sagt der fromme Siedler. „Unsere Realität sind die Araber. Wir haben ihre Probleme und Ängste ernstzunehmen, und sie unsere. Ohne gegenseitiges Verständnis wird es nicht klappen.“

Der etwa 50jährige Ramati, der für Amerika in Vietnam und für Israel im Libanon gekämpft hat, geht mit gutem Beispiel voran. Seit einiger Zeit trifft er sich mit palästinensischen Nachbarn aus der Patriarchenstadt. Gemeinsam schmieden sie Pläne für ein arabisch-jüdisches Wirtschaftszentrum Hebron. Er habe auch Arafat schon die Hand geschüttelt, erzählt der gebürtige Amerikaner nicht ohne Stolz. Er könne sich durchaus vorstellen, eines Tages unter palästinensischer Autorität zu leben. Voraussetzung dafür sei allerdings, daß der PLO-Chef die Situation im Griff behalte.

Für nationalistische Einpeitscher wie Haetzni ist Ramati ein gefährlicher Träumer, die Utopie von einer friedlichen Koexistenz der Völker eine Bedrohung. „Ob Frieden möglich ist? Das müssen Sie schon Arafat fragen“, wettet der 71jährige. „Aber wenn wirklich ein Frieden mit dieser Mörderbande, mit diesen Gangstern möglich ist, dann sollte es hier und jetzt in Hebron passieren. Aber erinnern Sie sich: Selbst die USA hält einen Frieden mit Saddam Hussein für unmöglich. Und ich kann nur sagen, Saddam kann von Arafat noch lernen.“

„In Israel sind wir alle Siedler“

Interview mit Aaron Schaar, Prof. für Philosophie
an der religiösen Bar Ilan Universität

In den Siedlungen im Westjordanland leben heute etwa 150 000 Menschen. Auch wenn nach Schätzungen die Hälfte der Siedler säkular sind, die Führung der Bewegung liegt nach wie vor in den Händen orthodoxer Juden. Jener religiösen Zionisten, die ihre aus den Gründerjahren des Staates, als die „wahren“ Pioniere und Helden des Militärs durchweg säkular waren, herrührenden Minderwertigkeitskomplexe längst überwunden haben. Mit ungebrochenem Selbstbewußtsein halten sie sich für die einzig wahren Zionisten, die letzten Idealisten des Landes. Für sie sind der mit dem Osloer Abkommen einhergehende „Ausverkauf des Heiligen Landes und der Hedonismus säkularer Kreise in Tel Aviv Symptome ein und derselben Krankheit - dem Verlust von Israels jüdischer Seele.

Seit den Wahlen vom 29. Mai 1996 ist ihr Einfluß immens gewachsen: Allein die „National-religiöse Partei“, die sich als Anwältin des Siedlungswerkes in den besetzten Gebieten versteht, konnte die Zahl ihrer Mandate um vier auf neun Sitze ausweiten. Insgesamt haben die drei religiösen Parteien ihren Machtanteil fast verdoppelt und stellen nun ein Fünftel aller Abgeordneten. Die linken, säkularen Kräfte im Land barigen seither nicht nur um den Friedensprozeß, sondern befürchten auch eine Machtübernahme der Orthodoxie. Im Westjordanland hatten 40 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme einer religiösen Partei gegeben, acht Prozent entschieden sich gar für Moledet, die einen ‚Transfer‘ der Palästinenser in arabische Staaten propagiert.

Aaron Schaar, Professor für Philosophie an der religiösen Bar Ilan Universität, wurde 1940 in Bochum geboren. Im Alter von 27 Jahren wanderte er, getrieben von dem Wunsch, in jüdischer Umgebung zu leben, zunächst nach Amerika aus. Dort studierte der gelernte Industriekaufmann am Hebrew Union College in Cincinatti, im Schwerpunkt jüdische Philosophie. Drei Jahre später folgte die „Heimkehr“ nach Israel. Hier besuchte Schaar nach seinem Doktorat die Talmud-Akademie Merkaz-Harav Kook in Jerusalem, das ideologische Zentrum der National-Religiösen. Schaar, Vater von fünf Kindern und Major der Reserve, wohnt mit seiner Familie im jüdischen Viertel der Jerusalemer Altstadt.

Frage: Wie können Sie es mit Ihrem Gewissen vereinbaren, sich für die Sache der Siedler einzusetzen?

Aaron Schaar: „Wir sind doch alle Siedler. Es gibt nur Leute, die sind etwas früher gekommen, und andere, die etwas später gekommen sind. Auch die europäischen Juden, die vor 100 Jahren kamen, waren Siedler. Tel Aviv ist natürlich eine Siedlung. Da gab es doch ursprünglich nichts als Sand . . . Vielleicht kann man das als Außenstehender schlecht verstehen, aber dem jüdischen Gesetz zufolge ist es eine wirklich große religiöse Pflicht, zu siedeln. „Lehitnachel“, von der sich „Mit-

nachalim“, das heutige Wort für Siedler, ableitet, das ist ein biblischer Terminus.

Das Judentum ist keine Religion im christlichen Sinne, das Judentum ist in erster Linie ein Volk. Und ein Volk braucht eine Sprache, eine gemeinsame Kultur und ein Land. Die jüdische Existenz in Deutschland oder Amerika ist doch ein Krankheitszustand, deshalb bin ich auch eingewandert.“

Im Ausland gehen die Siedler als größter Hemmschuh des Friedensprozesses. Und in Israel hält nicht nur die Linke sie für gewaltbereite Fanatiker . . .

Aaron Schaar: „Die Linken sollten sich besser ihre eigene Geschichte vergegenwärtigen. Die heutigen Siedler sind Pioniere, genauso wie ihre Großeltern, die Gründer der Arbeiterpartei, auch Pioniere waren. Und was die Gewaltbereitschaft angeht . . . ich weiß nicht, ob die Siedler radikaler sind als andere. Ich glaube nicht. Vielleicht sehen die radikaler aus, weil sie nicht mit Schlips und Kragen herumlaufen.“

Es ist doch aber nicht zu leugnen, daß die Siedler-Führer immer wieder durch radikale Äußerungen wie „Arafat will Hitlers Werk vollenden“ auf sich aufmerksam machen.

Aaron Schaar: „Solche Formulierungen kann ich natürlich überhaupt nicht unterstreichen. Das regt mich immer auf, wenn hier Nazi-Terminologie angewandt wird. Man tut der Shoah Unrecht, sie ist ein Gebilde sui generis. Selbst jemanden wie Arafat und die PLO kann man damit nicht vergleichen. Aber, die Leute mit denen Sie gesprochen haben, die kommen wahrscheinlich nicht aus Deutschland, und sind wahrscheinlich keine Philosophen, die Wert auf genaue Definitionen legen . . . Aber eins ist klar: Arafat hat viel Blut an seinen Händen. Er war ein großer Terrorist. Nun, es ist ja durchaus möglich, daß auch Terroristen oder Mörder sich ändern. Im Jüdischen haben wir dafür den Begriff der „teschuwah“, Umkehr. Vielleicht sind die Friedensbemühungen Arafats diesmal wirklich ernsthaft. Ich meine, man sollte einen Versuch machen. Dann wird sich herausstellen, ob es richtig war oder nicht. Die Palästinenser haben übrigens immer noch nicht ihre Präambel geändert. Das ist ein Unding! Wir sitzen mit Leuten an einem Tisch, die immer noch die Vernichtung des Staates Israel auf ihre Fahne geschrieben haben.“

Das ist die eine Seite der Medaille. Aber auch auf israelischer Seite gibt es große Widerstände gegen die Osloer Vereinbarungen, gerade im national-religiösen Lager. Ein Beispiel ist das Attentat von Noam Friedman, der am Neujahrstag in Hebron auf Palästinenser schoß, um das Hebron-Abkommen zu verhindern.

Aaron Schaar: „Den Fall Noam Friedman würde ich nicht überinterpretieren. Der Junge ist allem Anschein nach geistig gestört, das haben die bisherigen Untersuchungen ergeben. Es gibt natürlich Randerscheinungen in jeder Gesellschaft, Radikalinskis. Man sollte das nicht als pars pro toto verstehen. Das gilt auch für den Rabin-Attentäter Yigal Amir. Natürlich kann man seine Tat nicht gutheißen. Aber auf eine gewisse Weise kann ich mir sein Verhalten erklären. Ich glaube, er hat die Tradition nicht richtig

einige kleinere Orte geben, die unter palästinensische Autonomie fallen. Da müßten sich die Siedler dann entscheiden, ob sie bleiben wollen. Und außerdem wären Sonderlösungen denkbar. Es wird sich schon alles regeln."

Woher nehmen Sie Ihren Optimismus?

Aaron Schaar: „Wer hätte sich 1944 in Auschwitz vorstellen können, daß nur wenige Jahre später der jüdische Staat gegründet würde. Und wenn das schon passiert ist, da muß man doch optimistisch sein. Ich bin natürlich kein Phantast und sehe die Probleme, kultureller und politischer Art, aber mit weitem, historischem Blick . . .“

Der Streit um die Siedlungen hat den Kulturkampf zwischen den säkularen und religiösen Gruppen in der israelischen Gesellschaft verschärft . . .

Aaron Schaar: „Säkulär, religiös, Kulturkampf, diese Begriffe sind doch alles Importe aus der westlichen, der christlichen Welt. Die Unterscheidung gibt es im Judentum so nicht.“

– Und doch: Zunehmend warnen politisch linke und säkulare Kreise vor einer Machtübernahme des Landes durch die Orthodoxie, vor einer Theokratie . . .

Aaron Schaar: „Theokratie ist ein furchtbarer Ausdruck. Wörtlich übersetzt heißt es Gottesherrschaft. Den Begriff muß man natürlich interpretieren: Er bedeutet nicht: die Herrschaft einer Elite, eines besonderen Standes, einer besonderen Priesterkaste . . . Gemeint ist eine Gesellschaft, die in der göttlichen Vernunft wurzelt. Diese jüdische Theokratie wäre sehr demokratisch, weil sie ja das jüdische Gesetz als Magna Charta haben würde, und das ist per se die Antithese des Fundamentalismus.“

Wie sollte diese „Gottesherrschaft“ umgesetzt werden?

Aaron Schaar: „Da gäbe es verschiedene Möglichkeiten. Beispielsweise könnten die 120 Abgeordneten der Knesset alle Gelehrte sein. Das wäre ein Gewinn. Sie wären Parlamentarier, aber eben auch Gelehrte, die auf dem jüdischen Gesetz fußen. Solche Leute würde ich denen vorziehen, die allen möglichen anderen Kriterien abendländischen Denkens verhaftet sind. Wer sagt denn im übrigen, daß die Demokratie die beste Staatsform ist?“

Auseinandersetzungen zwischen religiösen und säkularen Kräften scheinen vorprogrammiert.

Aaron Schaar: „Da mögen Sie Recht haben. Aber alles in allem, bislang haben wir, wenn es um wesentliche Dinge ging, immer gemeinsam unseren Mann gestanden. Das haben Sie doch auch jetzt gesehen, bei diesem tragischen Hubschrauberunglück. Um die 73 Opfer hat die Nation geschlossen getrauert. Wir werden immer einen gewissen gemeinsamen Nenner finden, auf den wir uns einigen können.“

Nadia Matar und die „Women in Green“

Den Anfang machte eine Zeitungsanzeige in der Jerusalem Post. Es war eine Annonce für eine Familienfeier der besonderen Art - eine „Gala Cha-

nukka Party in Hebron", inklusive Puppentheater, Vorträgen und Führung durch die Stadt. Gesponsort wurde die Feier von den „Women in Green“. Vier Wochen später in Jerusalem. Vor dem Regierungssitz von Premier Netanjahu demonstriert eine Gruppe Frauen. Sie tragen alle grüne Hüte und machen ihrem Ärger lautstark Luft. „Bibi, if you can't stand the heat, get out off the kitchen“ brüllen sie, stoßen die geballte Faust in die Luft. Es ist der Tag nach der Hebron-Einigung, die Demonstrantinnen gehören zu den „Women in Green“, der populärsten Frauenbewegung des rechten, nationalistischen Lagers. Gründerin und Frontfrau der 1993 gegründeten selbsternannten „bürgerlichen Widerstandsbewegung“ ist die 30jährige Nadia Matar.

Die radikalen Mütter

„Willkommen in Efrat.“ Nadia Matar strahlt. Sie steckt in einem bunten Ringelpullover, Jeans und Turnschuhen. Auf ihrem dunklen Lockenschopf sitzt eine grasgrüne Baseballkappe, „Israel, mein Herz“ steht darauf. Sie schiebt die Kappe lässig zurück. Sie weiß genau, sie entspricht nicht dem Bild einer orthodoxen Jüdin. Der Überraschungseffekt, signalisiert ihr amüsiertes Blick, ist ihr mal wieder gelungen. Die patent wirkende junge Frau schiebt rasch das Kinderspielzeug beiseite, das im Flur achtlos herumliegt. Im gutbürgerlich eingerichteten Wohnzimmer stehen Kaffee und Kuchen auf dem Tisch, ebenso wie ein kleines Diktiergerät. Nadia Matar will unser Gespräch aufzeichnen. Um an ihren Interviews zu feilen, sagt sie. Wohl eher um sich abzusichern, denke ich angesichts der rassistischen Tiraden, die, kaum das ich sitze, auf mich niederprasseln.

In rasendem Stakkato spult die 30jährige, Mutter von vier Kindern, ihr Programm ab. Schwer verdauliche Siedler-Propaganda, die sie mit einem Dauer-Lächeln serviert: Die Araber wollten die Juden ins Meer treiben, sie wollten Hitlers Werk beenden, Arafat sei ein Massenmörder und Lügner, Rabin und Peres hätten mit ihrer Friedenspolitik das jüdische Volk verraten, das Heilige Land dürfe niemals aufgegeben werden, um „keinen inch“. Als ich sie unterbrechen will, legt sie noch eins drauf: „Sie sind eine Frau, wir können offen miteinander reden. Wenn eine Frau vergewaltigt wird - Gott behüte - und sie nicht schreit, obwohl sie schreien könnte, dann ist es nach jüdischem Recht so, als ob sie eingewilligt hätte. Für mich ist Oslo eine Vergewaltigung. Und mein Demonstrieren ist mein Schrei. So kann die Geschichte zumindest niemals sagen, daß die Juden für die Oslo-Abkommen waren.“

Wie viele Führungskräfte des nationalistischen Lagers ist auch Nadia Matar nicht in Israel geboren. Die gebürtige Belgierin wanderte vor 12 Jahren ein, damals gerade volljährig. Aufgewachsen in einem liberalen, aber den jüdischen Traditionen verbundenen Elternhaus in Antwerpen fand sie im Land ihrer Vorväter erst zur Religion und dann, nach ihrer Heirat, zur Politik. „Aus Überzeugung“ sagt sie. Überzeugung, jenem diffusen

Gemisch aus Religion und Ideologie, mit dem man so oft im Siedler-Lager konfrontiert wird. Und auch der Holocaust spielte eine Rolle. „Oben im Flur hängt ein Foto von meiner Familie, aufgenommen 1938 in Holland. Nur sechs von ihnen leben noch, die anderen starben in Auschwitz. Ich versprach all diesen Menschen, die ich nicht kannte, daß ich niemals zulassen werde, daß so etwas noch einmal passieren kann.“ Und sie erzählt, daß ihr schon als Abiturientin in Antwerpen eines genau bewußt war: „Wenn du Einfluß auf den Lauf der jüdischen Geschichte haben willst, dann mußt du nach Israel kommen.“ Und Einfluß nehmen wollte sie.

Acht Jahre nach ihrer Ankunft im Heiligen Land, im Herbst 1993, gründete Nadia Matar mit ihrer Schwiegermutter Ruth die Frauenbewegung „Women for Israel's Tomorrow“. Auslöser war die Unterzeichnung des Oslo-Abkommens. In diesem Moment begann der Kampf ums Überleben, sagt sie. Das Programm der Bewegung, weniger politische als emotionale Botschaft, läßt sich in einem Satz zusammenfassen: Frauen kämpfen für das Recht ihrer Kinder und Kindeskiner, als Juden im Heiligen Land zu leben. Nadia Matar spricht von der „weiblichen Sicht des Kampfes um das Land Israel“. Es ist das Klischee der Frau als Mutter, das die Bewegung kennzeichnet - einer Mutter, die das Erbe ihrer Kinder buchstäblich mit Händen und Füßen verteidigt und ansonsten der Nation durch eine überdurchschnittliche Gebärfreudigkeit dient. Den Namen „Women in Green“ erhielten die Frauen nach ihrer ersten Groß-Demonstration, bei der sie sich entlang der Grünen Grenze postierten, um gegen die Aufgabe der besetzten Gebiete zu protestieren. Symbolisch trugen sie dabei alle grüne Hüte. Die Presse taufte sie „Frauen in Grün“ - auch in Allusion an die „Women in Black“, der populärsten Frauenbewegung des Friedens-Lagers. Als „Antwort der Rechten“ auf die Pazifistinnen sind sie seitdem im Bewußtsein der israelischen Öffentlichkeit verankert.

Mit einer „jiddischen Mamma“ hat Nadia Matar allerdings wenig gemein. Sie wählte den Weg der außerparlamentarischen Protestbewegung - in dem Wissen, daß sie in der israelischen Politik, als Newcomer und noch dazu als Frau, kaum hätte Einfluß nehmen können. Generalstabsmäßig zog sie in kürzester Zeit eine schlagkräftige Bewegung hoch, hierarchisch strukturiert, autoritär geführt und mit modernsten Kommunikationsmitteln ausgestattet. Ein Brückenschlag zwischen Orthodoxie und Moderne, den Nadia Matar auch in ihrer Person verkörpert. Die telegene Israelin, die mehrere Sprachen beherrscht, besitzt zudem ein untrügliches Gespür dafür, die Medien zu (be)nutzen. Die „Women in Green“ demonstrieren vornehmlich in der Nähe von ausländischen Kameras und machen immer wieder mit spektakulären Aktionen auf sich aufmerksam. 1995 besetzten die Frauen zehn Tage lang die umliegenden Hügel von Efrat, um die Übergabe des Territoriums an die Palästinenser zu verhindern. Letzte Woche pflanzten sie Bäume in den jüdischen Vierteln Hebrons.

„Unsere Stärke ist, daß wir keiner Partei angehören“, sagt Nadia Matar, die bei den letzten Wahlen ein Angebot ablehnte, für den Likud zu kandi-

dieren. Fraktionszwang sei doch bloß hinderlich, und von Kompromissen halte sie überhaupt nichts. Mehrfach wurde die radikale Aktivistin bei Protest-Aktionen der „Women in Green“ festgenommen, acht Verfahren wurden wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt gegen sie erhoben. „Ich zahle heute noch für die Diktatur der Regierung Rabin“, sagt Nadia Matar und ihre Stimme wird erstmals ein wenig schrill. Sie sei von der Polizei geschlagen worden, habe Rippenbrüche davongetragen, und ihr Sohn weine jedes Mal, wenn sie demonstrieren gehe, aus Angst, sie komme wieder ins Gefängnis. „Warum tue ich meinen Kindern das an? Weil ich für sie kämpfe. Ich kann nicht anders, es ist in meinen Adern, in meinem Herz, in meinem Hirn.“ Ihr berechnender Märtyrerinnen-Gestus ist unerträglich.

Nur allzu gern würde man die 30jährige als einsame Demagogin in der Wüste abtun. Doch ihre Organisation hat inzwischen allein in Israel 7 000 eingeschriebene Mitglieder, im **anglo-amerikanischen** Ausland sind es noch mal soviel. Und sie ist eng verflochten mit der Siedlerbewegung. Auch sind die Anhängerinnen Matars durchaus keine Fanatikerinnen, die spontanen emotionalen Impulsen folgen. Es sind Frauen mit festem Lebensstil, integriert in die israelische Gesellschaft, Hausfrauen und Akademikerinnen, aus dem rechten und religiösen Lager. Inzwischen gesteht selbst die linke Frauenbewegung Matar notgedrungen zu, daß sie es geschafft hat, Frauen „vom Herd auf die Straße“ zu holen und sie in das politische Geschehen einzubinden. Nach Ansicht der Soziologin **Segal Ben Rafael** ein Erfolg von zweifelhaftem Wert, propagierten die „Women in Green“ nicht nur ein völlig reaktionäres Frauenbild, sondern verträten zudem eine Politik, die auf der Mißachtung von Menschenrechten und der Akzeptanz von Gewalt beruhe. Der Einfluß der ehrgeizigen Populistin sei aber nicht mehr zu leugnen. Das habe sich zuletzt während des Wahlkampfes für Likud-Chef Netanjahu gezeigt.

Ausgerechnet Netanjahu ist jetzt aber Nadia Matars größtes Problem. Und sie macht keinen Hehl daraus. „Ich dachte, ich könnte jetzt endlich Urlaub machen“, sagt sie sarkastisch, bitter enttäuscht vom Likud-Chef. Ihren Alltag habe sie aufgegeben, um den Machtwechsel herbeizuführen, und nun das: Der **Hardliner** Netanjahu habe sich als „Weich-Ei“ entpuppt, schimpft sie. Nichts sei übriggeblieben von seiner harten Haltung gegenüber den Palästinensern. Arafat habe er die Hand gereicht und jetzt Hebron preisgegeben. „Wir haben ihm geglaubt und er hat uns betrogen“, sagt Nadia Matar, nicht bereit, den Wortbruch stillschweigend hinzunehmen. Im November gingen die „Women in Green“ erstmals gegen den „Vater“ auf die Straße, als erste aus der Front der Oslo-Gegner. Die Linke wolle sie nicht zurück, aber Netanjahu sei auch nicht der erwartete charismatische Führer. Vereinzelt seien sogar schon Rufe nach einem neuen starken Mann laut geworden. Was sie nicht erwähnt, ist, daß sie für diesen Posten durchaus gehandelt wird. **Geula** Cohen, die siebzigjährige „Grande Dame“ der radikalen Rechten, hält Nadia Matar für eine potentielle Kandidatin. Sie habe genau jenes Standvermögen und jene Entschlossenheit, die sie bei

ihren ehemaligen Likud-Kollegen über Jahre vergeblich eingeklagt habe. Geula Cohen selbst hatte nach Camp David die Konsequenzen gezogen, mit Parteichef Menachem Begin gebrochen und die extrem rechte Siedlerpartei „Tehiyah“ gegründet. Sie sei inzwischen zu alt, um noch zu kämpfen, sagt die siebzijährige, Mutter des derzeitigen Justizministers. Aber die Jüngeren stünden ja bereit: „Nadia hat das Zeug zu einer wahrhaften Führungspersönlichkeit. Sie ist außerordentlich intelligent, sehr mutig. Eine von unseren Besten.“

Nach einer knappen Stunde ist das Gespräch vorbei. Nadia Matar will ihre Tochter abholen, „die einzige Gelegenheit in dieser Woche“. Vor ihrer schmucken Villa wird sie von einem Nachbarn angesprochen. Er bittet sie um einen Aufkleber der Bewegung („Hebron für immer“). Fast verlegen gesteht er, daß er bislang den Sticker der Friedensbewegung zum Gedenken Rabins an seinem Auto kleben hatte. Gestern endlich habe er das „shalom chaver“ abgekratzt. Ein Besuch in Hebron habe ihn zum Nachdenken gebracht. „Wieder ein Weggefährte mehr“, Nadia Matar strahlt triumphierend und steigt in ihren gepanzerten Landrover.

Kein Platz für Optimismus

Die Siedler-Frage - Israelis und Palästinenser
auf der Suche nach Lösungen

150 000 Menschen, die leben, wo sie nicht mehr erwünscht sind. Rund 140 Dörfer und Städte, die sind, wo sie nicht mehr sein sollen. Eine Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts ist ohne eine Regelung der Siedlungsfrage nicht denkbar. In der Ära Rabin glaubten viele Israelis noch, dieses heißes Eisen anpacken und einen tragfähigen Kompromiß ausarbeiten zu können. Doch schon damals zeigte sich, wie schwer das Problem letztlich zu regeln sein würde: die linksliberale Regierung Rabin wagte es nicht, nach dem Goldstein-Attentat die Siedler aus Hebron zu entfernen. Nicht einmal zwei Jahre später mußten einige wenige abfällige Bemerkungen Rabins über die Siedler gar als Rechtfertigung für seine Ermordung herhalten. Seit dem Machtwechsel im Mai 1996 sind die Hoffnungen der Anhänger des Friedensprozesses auf einen Kompromiß zwischen den Völkern verpufft. Der Weg, den die Regierung Netanjahu eingeschlagen hat, ist, so sagen sie, nicht der Weg von Oslo.

Grundstimmung: pessimistisch

Über die Zukunft der jüdischen Siedler will sich Daniela Chalaf keine Gedanken machen. Unwillig schüttelt die 27jährige Palästinenserin ihren Kopf. „Entweder sie werden palästinensische Juden, das heißt, sie leben unter Souveränität der Autonomie-Behörde und erkennen diese auch an,

oder sie müssen eben gehen." Schluß. Aus. Ende. „Ich hoffe, daß sie eines Tages gehen. Sie sind lebende Zeitbomben." Ihr tiefes Mißtrauen gegenüber den Israelis ist ein Erbe ihrer Kindheit. Daniela Chalaf war 15 Jahre alt, als ihr Vater an den Spätfolgen eines Attentats israelischer Extremisten starb. Er hatte bei dem **Autobomben-Anschlag** seinen Fuß verloren, konnte aber nicht ausreichend medizinisch versorgt werden, da die israelischen Behörden ihn unter Hausarrest stellten. „Die vier Jahre bis zu seinem Tod litt er entsetzliche Qualen", sagt seine Tochter. Bitterkeit schwingt mit und Zorn.

Die angespannte Situation zwischen Israelis und Palästinensern bekommt auch sie immer wieder selbst zu spüren. Schikanen und Schwierigkeiten bestimmen - trotz Oslo - den Alltag der Journalistin und Medienreferentin von PLO-Chef Arafat für das Westjordanland. Zwar wohnt und arbeitet Daniela Chalaf jeweils in einer freien palästinensischen Stadt, doch zwischen Jericho und Ramallah liegt israelisch kontrolliertes Gebiet. Und das heißt für die 27jährige, daß sie sich jeden Tag aufs Neue mit den Besatzern konfrontiert sieht. „Alles beruht auf Demütigung, die Menschen hier werden ohne Würde und Respekt behandelt." Als die Regierung Netanjahu nach den Tunnel-Unruhen vom September die autonomen Städte in der Westbank für zwei Wochen abriegelte, saß die Palästinenserin in ihrem Arbeitsort Ramallah fest. „Mal frei, mal nicht. Wir wissen doch nie, ob wir Krieg oder Frieden haben. Der Zustand macht Dich schizophren."

An eine friedliche Ko-Existenz der Völker glaubt die palästinensische Journalistin nicht. Ihr fehlt, wie vielen anderen in diesen Breiten, das für ein Zusammenleben unabdingbare Mindestmaß an Grundvertrauen in den anderen. Israelis sind für sie die feindlichen Besatzer, und werden es wohl auch immer bleiben. Zu tief sitzt die als persönliches Leid empfundene Demütigung des eigenen Volkes. „In der Westbank wirst du nicht einen einzigen Israeli treffen, der ohne Waffe herumläuft", sagt sie. „Siedler und Soldaten, normale Israelis gibt es hier nicht." Den Einwand, daß der Terror palästinensischer Extremisten durchaus eine reale Bedrohung für die jüdischen Bewohner ist, und ob es nicht auch im Interesse der Autonomieverwaltung sei, den Israelis ein Gefühl von Sicherheit zu vermitteln, weist Daniela Chalaf kategorisch zurück. Die Siedler seien Teil der zionistischen Bewegung, und diese werde sie niemals akzeptieren. „Die sind doch davon überzeugt, nur tote Araber sind gute Araber. Wie könnte ich mit so jemandem Tür an Tür leben? Auch Geduld hat ihre Grenzen." Ihr Traum ist ein freier palästinensischer Staat ohne israelische Bevormundung und ohne jüdische Siedler. Mag diese „**Realität**" auch noch in weiter Ferne liegen, eine Alternative gibt es für die engagierte Palästinenserin nicht. „Eines Tages werde ich morgens aufwachen und mir keine Sorgen darüber machen müssen, ob ich abends auch wieder nach Hause komme." Ein freies Palästina, in dem Raum wäre für Normalität und - „eigene Kinder".

Auf die Siedler ist Moshe Zimmermann, Professor für Neuere Geschichte an der hebräischen Universität in Jerusalem, nicht gut zu sprechen. Auch aus persönlichen Gründen. Erst Ende Dezember hat der Oberste **Gerichts-**

hof in Jerusalem entschieden, den Historiker wegen seines Vergleichs der Siedler-Kinder in Hebron mit der Hitler-Jugend nicht strafrechtlich zu verfolgen. Lange 20 Monate nach dem umstrittenen Interview, das den 54jährigen fast seine akademische Karriere gekostet hätte. Er habe ‚auf-rütteln‘ wollen, sagt Zimmermann. Die Siedlungen hält er, wie der Großteil des linken Spektrums, für das größte Hindernis auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden mit den Palästinensern. Gegen die immer wieder beschworene Unumkehrbarkeit des Friedensprozesses stehe die Realität der Unumkehrbarkeit der Siedlungen. „Ein Ausweg? Die Quadratur des Kreises ist einfacher.“

Zimmermann plädiert für eine Minderheiten-Regelung, „die einzig zeit-gemäße Lösung“. Ebenso wie in Israel eine große arabische Minderheit lebe, könne es im zukünftigen Staat Palästina eine jüdische Minorität geben. „Aber hier liegt das Problem: Die Siedler wollen keine Bürger Palästinas sein, sie wollen israelische Souveränität in ‚Eretz Israel‘.“⁴ Daher erkläre sich auch der Wunsch der Palästinenser, die Siedler loszuwerden. „Letztlich ist die ‚judenreine‘ Politik der Palästinenser doch dadurch bedingt, daß die Juden, die sich im Westjordanland niederlassen, eine nicht annehmbare Politik verfolgen.“ Zimmermann weiß sehr wohl, daß die von ihm propagierte Minderheitenlösung von vornherein zum Scheitern verurteilt ist: Zum Widerstand des harten Kerns der **ideologisierten** Siedler kommen die Vorbehalte der Politik, nicht nur die des nationalen Lagers. Doch eines ist für Zimmermann offensichtlich: Mit den selbsternannten „wahren **Zionisten**“ der Regierung Netanjahus finde die Politik der „schleichenden Annexion“ der von Israel eroberten arabischen Gebiete ihre Fortsetzung. Zumal die Existenzberechtigung der Siedlungen längst eindeutig religiös-ideologischer und nicht mehr sicherheitspolitischer Natur sei. Die Regierung stocke den Etat für den Ausbau der jüdischen Siedlungen konsequent auf und billige selbst umstrittene Projekte. Zugleich würden palästinensische Häuser willkürlich abgerissen, Grundstücke beschlagnahmt und Baugenehmigungen - vor allem in **Ost-Jerusalem** - verweigert. Diese Politik, warnt er, konterkariere sämtliche Bemühungen um einen Ausgleich: „Über eines müssen wir uns klar sein: Israel kann nicht gleichzeitig den Siedlungsraum erweitern und Frieden erringen.“

„Aus Feinden werden Nachbarn?“ Said Zeedani kann mit solch idealistischen Vorstellungen wenig anfangen. „Hebron ist der einzige Ort im Westjordanland, an dem Palästinenser und Israelis überhaupt gemeinsam wohnen“, sagt er nüchtern. „Und Sie sehen ja, wie groß die Bereitschaft zur ‚Nachbarschaft‘ ist . . .“⁵ Von einer pauschalen Verteufelung der jüdischen Siedler hält Zeedani, Dekan für Geisteswissenschaften an der palästinensischen Universität „Bir Zeit“, aber nichts. Es gebe im Gazastreifen und im Westjordanland mehr als 140 Siedlungen, und ihre Bewohner hätten viele Gründe dafür, gerade dort zu leben. Zeedani ist Realist genug zu wissen, daß die jüdischen Siedlungen mittlerweile zu einem Faktum geworden sind, an dem die Palästinenser nicht mehr vorbeikommen. Arafat werde bereit sein müssen, jüdische Existenz im eigenen Staat zu dulden, sagt er und

plädiert wie sein israelischer Kollege Zimmermann für eine Minderheiten-Lösung. Unabdingbare Voraussetzung dafür sei aber, daß die Siedler die palästinensische Souveränität akzeptierten und keinerlei Sonderprivilegien beanspruchten. Nachdenken könne man gegebenenfalls über eine doppelte Staatsangehörigkeit der Siedler, sagt Zeedani, der selbst einen israelischen, keinen palästinensischen Paß hat.

Daß die politische Wirklichkeit in Israel anders aussieht, darüber ist sich der palästinensische Intellektuelle im klaren. „Sowohl Likud als auch Labour wollen den Großteil der Siedlungen unter ihre Souveränität stellen“, sagt er und verweist auf den Plan zweier „Oslo-Architekten“, Jossi Beilin von der Arbeitspartei und Arafats Vertreter Machmud Abbas. Danach soll Israel die jüdischen Siedlungen entlang der grünen Grenze annektieren, u. a. den Gush Etzion Block um Jerusalem, Ariel und die Siedlungen im Jordantal. Insgesamt sieben Prozent des Westjordanlands, wo rund 75 Prozent der Siedler leben. Immerhin: Beide Seiten würden so über ein zusammenhängendes Territorium verfügen, Voraussetzung für einen palästinensischen Staat. „Likud will natürlich mehr“, bemerkt Zeedani. Aus palästinensischer Sicht reduziere sich damit das Problem letztlich auf eine Frage der Größenordnung: „Wie viele Siedlungen, und das heißt: wieviel Land, wird Israel aus Sicherheitsgründen für sich beanspruchen? Meine Prognose: Netanjahu wird ein Maximum anpeilen, und uns bleibt ein Flickenteppich.“ Eine Regelung, die, so Zeedani, symptomatisch für den gesamten Friedensprozeß sei. In allen Forderungen - die Frage der Grenzen, der palästinensischen Flüchtlinge, der Teilung Jerusalems - werde die palästinensische Seite weniger erreichen, als angestrebt. „Am Ende wird wohl so eine Art ‚Semi-Staat‘ stehen. Das könnte die einzige Lösung sein, und wir sollten uns damit abfinden. Die wichtigste Frage ist doch aber, ob mit einem solchen Kompromiß der israelisch-palästinensische Konflikt tatsächlich beendet sein wird.“

Wie es ist, in einem Teil eines „Flickenteppichs“ zu leben, weiß Anke Abu-Sitta nur zu genau. Die 39jährige wohnt mit ihrer Familie in Gaza-Stadt, der ‚Hauptstadt‘ des Gazastreifens. Die Stacheldraht umzäunte Enklave zwischen Israel und Ägypten ist seit 1983 das Zuhause der Leipzigerin, die ihren Mann Fawaz in der DDR kennengelernt hatte. Vor drei Jahren sind die israelischen Truppen aus Gaza abgezogen. Doch die erhoffte Freiheit, der wirtschaftliche Aufschwung im Küstenstreifen, einem der ärmsten und dichtbesiedeltesten Gebiete der Welt, sind ausgeblieben. Das Leben sei heute schwerer als in den schlimmsten Zeiten der Intifada, sagt Anke Abu-Sitta, die das Deutsche Kulturzentrum in Gaza-Stadt leitet. „Damals gab es trotz all des Leids und der vielen Opfer immer Hoffnung.“ Jetzt, drei Jahre nach Einzug der palästinensischen Autonomieverwaltung, sei die Stimmung beklemmend. In der Bevölkerung wachse die Resignation, aber auch Wut über den „Frieden“, der ihr bisher doch nur Armut, Demütigung und Elend beschert habe. Von 1992 bis 1996 ist das Pro-Kopf-Einkommen um 28 Prozent gesunken, die Arbeitslosigkeit liegt bei 40 Prozent, weitere 13 Prozent Unterbeschäftigung.

„Israel hat doch überall den Daumen drauf“, kritisiert Anke Abu-Sitta. Die Regierung in Jerusalem bestimme über die Ein- und Ausfuhr von Produkten, über die Erteilung von Arbeitsgenehmigungen und Visen, über die Abriegelung des Gebietes. Die Blockade-Politik der Israelis macht nicht nur mehrere zehntausend palästinensische Pendler immer wieder wochenlang arbeitslos, sondern bringt auch Gazas Wirtschaft zum Erliegen. Waren gehen nicht mehr raus oder verderben unterwegs, weil Israel die Lkws kontingentiert, die Transporte erschwert, die Abfertigung verweigert. Vergangenen April vergammelte fast die ganze Blumenernte, drei Millionen Schnittblumen täglich. Und immer heißt es, „aus Sicherheitsgründen“, beklagt Anke Abu-Sitta. Gaza brauche eine Anbindung nach außen, einen Hafen oder Flughafen, und einen unkontrollierten Zugang zur Westbank. „Wir sitzen hier fest wie in einem großen Gefängnis“, sagt Anke Abu-Sitta. Gefängnis, ein Wort, das sich wie ein dunkles Leitmotiv durch die Gespräche mit ihr zieht und das zeigt, worunter sie am meisten leidet: Sich nicht frei bewegen zu können. Mal eben Freunde besuchen in Tel Aviv oder zum Schwimmen fahren in den nahegelegenen israelischen Badeort Ashkelon, das ist ohne entsprechende Papiere nicht möglich. Monatelang muß man sich mit den israelischen Behörden herum-schlagen, um ein Visum zu erhalten, immer in der Ungewißheit, ob man es dann am Ende überhaupt bewilligt bekommt. „Solange sich Israel aufspielt, wie in finstersten Zeiten des Kolonialismus, bleibt die Autonomie eine Farce.“

„Wir standen mit dem Gesicht zum Frieden und waren so hoffnungsvoll“, erinnert sich Gali Gold vom Frauenfriedenszentrum Bat Shalom. „Wir waren wirklich überzeugt, mit Oslo sei unser Ziel erreicht.“ Damals, im Herbst 1993, stellten die „Frauen in Schwarz“ ihre wöchentlichen Mahnwachen gegen die israelische Besatzungspolitik ein. Für immer, glaubten sie in der Euphorie des Augenblicks. Jetzt versammeln sie sich wieder. Gali Gold ist manchmal in Jerusalem mit dabei. „Nach den gewalt-samen Auseinandersetzungen am Tempelberg wußten wir, daß jetzt die Zeit gekommen ist, erneut auf die Straße zu gehen.“ Die Eröffnung des Tunnels sei eine weitere Provokation und Demütigung der Palästinenser gewesen. Die linke Feministin spricht von einem „verantwortungslosen Konfron-tationskurs“ der israelischen Regierung. Netanjahu habe es innerhalb weniger Monate geschafft, die Hoffnungen auf einen dauerhaften Frieden gründlich zu zerstören. Alles liege in Trümmern. „Nur die Siedlungen blühen“, fügt sie sarkastisch hinzu. Land statt Frieden.

„Wir können so nicht weitermachen, nicht länger Land besetzen, die Rechte tausender Menschen mißachten, und gleichzeitig ein glückliches Leben führen.“ Besetzung korrumpiere. Sätze, die plötzlich wieder die Zeiten vor Oslo, den alten Nahen Osten, heraufbeschwören. Das Israel der Falken und Feindbilder. Und doch auch das Israel von Netanjahu. Gali Gold ist der Reiß durchaus bewußt, der heute durch die gesamte israelische Gesellschaft geht. „Die eine Hälfte der Bevölkerung lebt doch auf einem anderen Planeten.“ Mit jenen Israelis verbinde sie weniger als mit den

palästinensischen Frauen, mit denen sie im November einen Solidaritätsmarsch in Hebron organisiert habe. Es seien Nationalisten, die „gegen jede Vernunft“ und Vertragswirklichkeit, für eine jüdische Hegemonie kämpften. Fundamentalisten, die, mit der Bibel in der Hand, die Menschenrechte mit Füßen träten. Die junge Israelin gibt sich betont kämpferisch, aber die markigen Sprüche können ihren Frust nicht verbergen. Seit dem Machtwechsel in Israel ist auch das Friedenslager in der Opposition. Selbst Gali Gold, die einen friedlichen Weg propagiert, hält es für möglich, daß Israel nur gewaltsam aus der Sackgasse herauskommt, in die Netanjahu das Land hineinmanövriert hat: „Es fällt mir entsetzlich schwer, das zu sagen. Aber viele Israelis werden wohl erst verstehen, wie sehr die jetzige Politik uns schadet, wenn wieder etwas passiert. Wenn Blut fließt. Und es könnte sein, daß nicht nur ein Bus explodiert. Vielleicht sind dann Missiles auf Tel Aviv gerichtet. Ich sage nicht, daß es morgen Krieg gibt. Ich sage nur, die meisten Leute leben hier, als ob alles in Ordnung sei. Und das ist es nicht.“

Ein Abkommen - und doch kein Frieden

Hebron am 4. Februar

Es ist neblig und kalt. Ein alter Mann wuchtet mühsam seinen schweren Handkarren über die leere Kreuzung. Über den Straßen sind Girlanden gespannt, die rot-grün-schwarz-weißen Wimpel hängen schlaff herunter. Der Regen durchweicht die Arafat-Plakate, die vereinzelt an den Hauswänden kleben. Ein Präsident in Auflösung. Von der Volksfeststimmung der Übergabefeierlichkeiten ist in H1, dem palästinensischen Sektor Hebrons, nichts mehr zu spüren. Drei Wochen ist es her, daß der PLO-Chef unter dem Jubel zehntausender Palästinenser die Befreiung der heiligen Stadt verkündet hat. „Wir wollen keine Konfrontation, wir wollen einen gerechten Frieden“, hatte der „Rais“ in seiner Rede betont, nicht nur Warnung an die palästinensischen Fundamentalisten, auch Angebot an die jüdischen Siedler Hebrons. Denn genaugenommen konnten die Palästinenser nur eine Teil-Befreiung feiern - zwanzig Prozent der muslimischen Stadt stehen auch weiterhin unter israelischer Militärhoheit. Das Hebron-Protokoll, unterzeichnet am 17. Januar, hat die Teilung der Stadt zementiert.

H2, der „jüdische“ Sektor, gleicht mehr denn je einer waffenstarrenden Festung. Auf den Dächern der Siedler-Wohnblocks scheinen all jene Wachstationen aufgebaut zu sein, die bisher über ganz Hebron verteilt waren. Die israelische Armee ist nicht abgezogen, sie ist lediglich umgezogen. Über dem früheren Hauptquartier der Israelis flattert zwar die palästinensische Fahne im Wind und dokumentiert weithin sichtbar den Machtwechsel, doch in der Altstadt dauert der Belagerungszustand an. Für die knapp 20 000 Palästinenser, die hier leben, bleibt Freiheit ein Fremd-

wort. In der Schuhada-Straße sind die meisten Geschäfte geschlossen, auch Dschamal Dandis hat seinen Geflügelladen heute nicht aufgemacht. Sein Nachbar, ein bärtiger älterer Mann, grüßt freundlich. So gut Englisch wie Dschamal könne er nicht, sagt er entschuldigend. Auf die Frage nach dem Frieden schüttelt er unwirsch den Kopf. „Das Problem sind doch die Siedler. Sie akzeptieren das Abkommen nicht. Sie hassen die Araber und sie haben Waffen. Solange sie in Hebron wohnen, wird es keinen Frieden geben.“

Zum ersten Mal seit drei Jahren hat die israelische Armee gestern die Schuhada-Straße wieder für Palästinenser geöffnet. Taxis, städtische Fahrzeuge und Krankenwagen dürfen hier jetzt fahren, zumindest auf einem kleinen Teilabschnitt, auf jenem Stückchen Straße, das an keiner jüdischen Siedlung vorbeiführt. Ein paar Taxifahrer haben die rigiden Kontrollen am israelischen Polizeiposten auf sich genommen, um die Grenzen des neu gewonnenen Freiraums zu testen. Sie sind eng: Taxis dürfen durchfahren, Anhalten oder Parken ist verboten. „Das ist vielleicht nicht viel, aber trotz allem ist es doch ein Schritt in die richtige Richtung“, meint einer der internationalen Beobachter. Der Schweizer ist optimistisch: „Es wird zwar noch dauern, aber die Dinge werden sich allmählich normalisieren.“ Die Schuhada-Straße soll - so sieht es die Zusatzvereinbarung im Hebron-Protokoll vor - innerhalb der nächsten vier Monate schrittweise ganz für den palästinensischen Verkehr freigegeben werden. Von „Normalität“ allerdings kann keine Rede sein. Denn vor der Freigabe wird die Straße (hoch)gerüstet: Mit breiten Bürgersteigen, einer ausreichenden Straßenbeleuchtung und hohen Wällen. Das Geld für die Maßnahmen, die ausschließlich dem Schutz der jüdischen Siedler dienen werden, kommt aus den USA.

In der Altstadt haben sich die Siedler in ihren Häusern verbarrikadiert. Sie haben Schwierigkeiten, sich mit den neuen Realitäten in Hebron abzufinden. Sie fühlen sich im Stich gelassen, vor allem von der Regierung Netanjahu. Die Öffnung der Schuhada-Straße ist für sie nur ein weiterer Beweis für die Treulosigkeit des Likud-Chefs. Vier Monate hätte er laut Vertrag Zeit gehabt, doch er mußte die Straße schon nach knapp drei Wochen freigeben. Siedlersprecher David Wilder ist verbittert: „Unsere Regierung scheint sich eher Arafat als uns verpflichtet zu fühlen. Dabei geht es doch um unsere Existenz.“ Massiv hatten die Siedler in den vergangenen Monaten gegen die Aufgabe der ausschließlich ihnen vorbehaltenen Straße gekämpft. „Sie können uns doch nicht erst in ein Ghetto stecken und uns dann auch noch die einzige Zufahrtsstraße nehmen“, empört sich Wilder. Das Abkommen garantiert lediglich eine symbolische Präsenz der Juden in Hebron. „Das war nicht das, was wir erwartet hatten.“ Depressive Stimmung in „Avraham Avinu“. Doch Rabbi Moshe Levinger, der 1968 die erste Gruppe jüdischer Siedler nach Hebron führte, hat den Kurs unmißverständlich vorgegeben: Für ihn ist die Übergabe eines Großteils der Stadt lediglich ein Rückschlag in einem fort-dauernden Krieg.

Unzufriedenheit herrscht auch bei den Palästinensern, die nicht im besetzten Teil Hebrons wohnen. In Sektor H1 sind sie freie Bürger, die allein unter die Zuständigkeit der Autonomiebehörde fallen. Sie sind sicher vor Straßenkontrollen oder nächtlichen Hausdurchsuchungen durch die Israelis. Doch sobald sie die palästinensischen Viertel verlassen, hat die Vergangenheit sie eingeholt. Ebenso wie jeden Moslem, der zum Beten zum Patriarchengrab kommt. Die Zone mit den für Juden und Moslems heiligen Stätten **steht** unter israelischer Militärhoheit. Die Palästinenser leben in einer Stadt mit zwei Welten. Auf eine friedliche Lösung setzen, gerade in Hebron, nur wenige. In harschem Gegensatz zu den versöhnlichen Tönen Arafats äußerte sich der palästinensische Sicherheitschef Rajoub. Unmißverständlich forderte er die Siedler am Tag der Übergabe auf, Hebron zu verlassen. „Diese 400 sind wie ein Mühlstein am Hals der Palästinenser, und ich rufe sie offen auf: Das hier ist nicht euer Platz.“

Die israelischen Soldaten haben sich in ihrem Posten an der Schuhada-Straße verschanzt, doch gegen den Regen bietet er nur notdürftig Schutz. Von den weiten Kapuzen der Uniformen rinnt das Wasser hinunter. Ischai streicht sich die nassen Haare aus dem Gesicht und lacht freundlich: „Come in.“ Der 19jährige ist seit eineinhalb Monaten in Hebron, zum Schutz von David Wilder und seiner Gemeinde. Notfalls muß er sein Leben für die Siedler opfern, für Menschen, deren anmaßende Haltung ihm gegen den Strich geht und deren Extremismus ihm fremd ist. Der junge Soldat war gerade ein paar Tage in Hebron, als der jüdische Fanatiker Noam Friedman auf dem Markt wahllos auf Palästinenser schoß. „Ich habe geholfen, die Verletzten zu versorgen“, sagt er lakonisch. Auf der anderen Seite wird er immer wieder mit der Feindseligkeit der Palästinenser konfrontiert. „Die Situation in Hebron ist ziemlich verwirrend. Es ist schwierig, sich ein Bild zu machen, zu urteilen, wer Recht hat und wer nicht.“ Er wäre lieber im Libanon. „Da weißt du wenigstens, wer der Feind ist.“ Kehrt mit dem Abkommen nun endlich Frieden ein? Ischai und seine Kameraden würden es gern glauben. Doch die Erfahrungen, die sie in der kurzen Zeit in der Patriarchenstadt gemacht haben, ließen bislang all ihre Hoffnungen wie Seifenblasen zerplatzen. „Eine kleine Provokation genügt doch, und schon geht alles wieder von vorne los“, sagt Ischai schließlich und zuckt resigniert mit den Schultern.

Die kleine Teestube am Platz vor dem Patriarchengrab, gleich neben dem israelischen Checkpoint, hat heute früh zugemacht. Seit der Übergabe der Stadt kommen die Stammkunden nicht mehr - ausländische Journalisten. In ruhigeren Momenten, meist am Nachmittag, saß man hier zusammen, trank frischen Pfefferminztee und arabischen Kaffee, plauderte mit den palästinensischen Kollegen. Und war doch nahe genug an den Brennpunkten in der Altstadt. Mit Abschluß des Abkommens ist Hebron über Nacht aus den Schlagzeilen verschwunden. Die Journalisten sind weitergezogen. Sie werden wohl bald wiederkommen. Ein Abkommen, ja, aber kein Frieden. Hebron ist eine verwundete Stadt, schreibt **Amos Oz**, voller Mißtrauen, Haß, Angst und Rachsucht.

Ausblick

„Du hast Glück gehabt. Die ganze Zeit, während Du hier warst, war es friedlich“, meint Jaffa, mit der ich in Tel Aviv zusammengewohnt habe, bei meinem Abschied. Ich weiß, daß ich ihr eigentlich zustimmen müßte. In den vergangenen drei Monaten war es in Israel ruhig: Es gab keine Bombenattentate, keine Ausschreitungen, die Autonomiegebiete wurden nur an einigen wenigen Tagen abgeriegelt. Und doch: Es fällt mir schwer, von einer friedlichen Zeit zu reden, wenn bei jeder Busfahrt die Angst vor Anschlägen im Nacken sitzt, wenn an jeder Straßenecke bewaffnete Soldaten stehen, wenn überall und immer die Radios laufen, weil alle damit rechnen, daß doch wieder etwas passiert, wenn meine israelischen Bekannten erleichtert sind, daß ich „wider Erwarten“ von einer Fahrt in die palästinensischen Autonomiegebiete wohlbehalten zurückgekommen bin. Auch in dieser Periode relativer Ruhe war das spannungsgeladene Verhältnis zwischen Israelis und Palästinensern zu spüren. Grundvertrauen gibt es nicht.

Keine zwei Wochen nach meiner Rückkehr nach Deutschland ist Israel wieder Nachrichtenthema Nummer Eins. Mit ihrem jüngsten Beschluß zur Siedlungspolitik liefert die Regierung Netanjahu den Zündstoff für eine Eskalation des Konflikts: Das Bauprojekt auf dem Har Homa, dem Mauerberg im Südosten Jerusalems, wird in Angriff genommen. Anfang März rollen die Planiermaschinen im arabischen Teil der Stadt an - trotz der Warnung israelischer Sicherheitskräfte vor neuen Gewalttaten, trotz massiver internationaler Proteste. Israel ist auf Konfrontationskurs, die Reaktionen bleiben nicht aus: Anfang April explodiert eine Bombe in einem Cafe in Tel Aviv, drei Frauen sterben bei dem Attentat palästinensischer Extremisten. In Hebron liefern sich Jugendliche Straßenschlachten mit dem israelischen Militär, wie zu Zeiten der Intifada. Schließlich werden die Nahost-Verhandlungen unterbrochen, abgebrochen. Für wie lange? Die Zukunftsaussichten sind düster. Der israelische Schriftsteller David Grossmann hat leider recht: „Wir, Israelis und Palästinenser, haben nur die Wahl zwischen einem totalen Krieg und einem langen, mühseligen, von Blutvergießen überschatteten Weg zum Frieden.“